



Für Mensch und Natur Gegenwind SH e.V.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2017 Schleswig-Holstein

1 Immissionsschutz

1.1 Hält Ihre Partei den aktuellen Mindestabstand von 400 Metern von Windkraftflächen zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich für ausreichend?

Der Mindestabstand ist auch abhängig von der Höhe der Windkraftträder. Bei 200m hohen Windkraftanlagen wäre dieser Abstand auf keinen Fall ausreichend.

Wir fordern außerdem, dass den Lärmprognosen die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde gelegt werden (Interimsverfahren). Auch dadurch ergibt sich ein höherer Mindestabstand.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die Standortgemeinde darüber entscheiden sollte, ob und inwieweit neue Windenergieanlagen errichtet werden sollen. Gemeinderatsbeschlüsse und Bürgerentscheide gegen die Ausweisung von Vorrangflächen wollen wir - anders als CDU, FDP, SPD, Grüne und SSW - verbindlich machen.

1.2 Hält Ihre Partei den aktuellen Mindestabstand von 800 Metern von Windkraftflächen zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und Erholungsfunktion für ausreichend?

Wir fordern, dass den Lärmprognosen die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde gelegt werden (Interimsverfahren). Dadurch kann sich ein höherer Mindestabstand ergeben.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die Standortgemeinde darüber entscheiden sollte, ob und inwieweit neue Windenergieanlagen errichtet werden sollen. Gemeinderatsbeschlüsse und Bürgerentscheide gegen die Ausweisung von Vorrangflächen wollen wir - anders als CDU, FDP, SPD, Grüne und SSW - verbindlich machen.

1.3 Hält Ihre Partei eine Entschädigungszahlung für belastete Anwohner aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen und des Verlusts von Lebensqualität für sinnvoll?

Ja, wobei gesundheitsschädigender Lärm in erster Linie zu einer Einschränkung des Betriebs führen sollte und erst in zweiter Linie zur Entschädigung.

1.4 Hält Ihre Partei Entschädigungszahlungen für Immobilienentwertung für sinnvoll?

Ja. Wir wollen, dass die Gemeinden und Bürger vor Ort über neue Flächen für Windkraftanlagen entscheiden. Dieses Verfahren würde es ermöglichen in einen Verhandlungsprozess einzutreten und Zahlungen durchzusetzen.

- 1.5** Tritt Ihre Partei für die bedarfsgerechte Befeuerng (radargestützt) zum Schutz der Bevölkerung ein?

Ja.

2 Energiepolitisches Ziel

- 2.1** Hält Ihre Partei ein festes Planziel für den Zubau von installierter Leistung durch Windkraft onshore für sinnvoll? Falls ja, in welcher Höhe?

Ein politisch festgelegtes Planziel, welches auch gegen den Bürgerwillen umgesetzt werden soll, lehnen wir ab. Wir streben einen Ausbau im Einklang mit dem Gemeinde- und Bürgerwillen an.

- 2.2** Hält Ihre Partei ein festes Planziel für den Zubau von installierter Leistung durch Windkraft offshore für sinnvoll? Falls ja, in welcher Höhe?

Ein festes Planziel für den Zubau von installierter Leistung durch Windkraft offshore verfolgen wir nicht. Wir wollen fossile Energieträger durch regenerative Energien ablösen.

- 2.3** Hält Ihre Partei ein festes Planziel für die mit Windkraft zu bebauende Landesfläche für sinnvoll? Falls ja, wieviel Prozent der Landesfläche?

Ein politisch festgelegtes Planziel, welches auch gegen den Bürgerwillen umgesetzt werden soll, lehnen wir ab. Wir streben einen Ausbau im Einklang mit dem Gemeinde- und Bürgerwillen an.

- 2.4** Setzt Ihre Partei primär auf marktwirtschaftliche Mittel (Zertifikathandel oder CO2-Steuer), damit der CO2-Ausstoß verringert wird?

Der Zertifikatehandel muss umfassend reformiert werden, damit die Energiewende überhaupt den CO2-Ausstoß nennenswert verringert. Von 2015 auf 2016 hat der CO2-Ausstoß der Bundesrepublik sogar zugenommen. Wir PIRATEN haben aufgedeckt, dass nach dem aktuellen System der Ersatz konventioneller Kraftwerke durch Windkraftanlagen nicht zum Klimaschutz beiträgt, weil die eingesparten CO2-Zertifikate einfach weiter verkauft werden.

- 2.5** Setzt Ihre Partei primär auf planwirtschaftliche Mittel (Ausbaukorridore, finanzielle Umverteilung durch Vorgaben des Staates), damit der CO2-Ausstoß verringert wird?

Wir setzen uns für eine Reform des EEG ein. So ist die Befreiung unzähliger Unternehmen und Konzernen von der Umlage inakzeptabel und ungerecht.

- 2.6** Setzt Ihre Partei primär auf Verbesserung von Energieeffizienz, damit der CO2-Ausstoß verringert wird?

Da die beste Kilowattstunde jene ist, die wir gar nicht erst benötigen, bleibt das Energiesparen auch weiterhin ein zentrales Thema der Energiewende. Am größten ist das Potential hierbei im Bereich der Heizenergie. Da insbesondere das nachträgliche Dämmen von Altbauten ein umstrittenes, nicht

ganz einfaches Thema ist, wollen wir hierzu den Dialog "Wärmeenergie besser nutzen" initiieren. Im Rahmen dessen gilt es zu klären, wie zukünftig der Denkmalschutz gewährleistet werden soll und welche Dämmstoffe und Anstriche eine negative Umweltbilanz aufweisen und deshalb nicht länger gefördert oder ggf. sogar vollständig verboten werden sollten. Demgegenüber sind für Dämmstoffe und Farben mit positiver Energie- und Umweltbilanz öffentliche Empfehlungen – etwa über entsprechende Qualitätssiegel – auszusprechen. Ein qualifiziertes Fachwissen um die einzelnen Baustoffe sollte von allen Händlern und verarbeitenden Betrieben nachgewiesen werden können. Ferner wollen wir prüfen, in wieweit mit Hilfe der Solarenergie als Heizunterstützung ggf. bessere Ergebnisse erzielt werden als mit einer reinen Wärmedämmung.

Im Verkehrswesen wollen wir mehr Energie einsparen, indem wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und den Fahrradverkehr fördern. Im Bereich der Haushaltsgerätekunde und Elektronik wünschen wir uns eine Kennzeichnung aus der hervorgeht, wie viel Energie bei der Herstellung eines Gerätes verbraucht wurde und welcher Klimagasemission dies entspricht. Dies wird sich zwar am ehesten über die EU-Ebene erreichen lassen, allerdings können wir auch von der Landesebene aus entsprechende Vorschläge erarbeiten und nach Brüssel melden. Die Verbraucherzentrale wollen wir mit den nötigen Mitteln ausstatten, um den Bürgern auch weiterhin eine fachgerechte Energieberatung anbieten zu können.

3 Kosten – Netzstabilität

- 3.1** Hält Ihre Partei es für sinnvoll, den Zubau zusätzlicher Windkraftanlagen zu forcieren, solange aufgrund fehlender Stromtrassen und Speichermöglichkeiten die erzeugte Energie nicht abgeführt werden kann?

Die Bundesnetzagentur arbeitet daran den Ausbau der Windenergie im Norden besser mit dem Netzausbau zu synchronisieren. Der Ausbau wird seit Februar 2017 gedrosselt, damit es nicht noch häufiger zur Abregelung von Windenergieanlagen kommt. Diese Vorgehensweise ist nachvollziehbar.

- 3.2** Zur Förderung der erneuerbaren Energien muss der Bürger jedes Jahr mehr bezahlen. Soll die bestehende Art der Förderung weiter erhöht, auf dieser Höhe beibehalten, reduziert oder ganz abgeschafft werden?

Die Förderung ist befristet und läuft in einigen Jahren aus. Wir setzen uns für eine Reform des EEG ein. So ist die Befreiung unzähliger Unternehmen und Konzernen von der Umlage inakzeptabel und ungerecht. Weniger Befreiungen würden die Verbraucher entlasten. Besser als eine Umlage der Kosten erneuerbarer Energien wäre es, die externen Folgekosten der Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen auf diese umzulegen, beispielsweise durch eine CO₂-Steuer.

- 3.3** Hält Ihre Partei es für sinnvoll, dass die Netzentgelte länderspezifisch unterschiedlich hoch ausfallen?

Nein, wir befürworten einheitliche Netzentgelte.

3.4 Ab wann sollte das Energiesystem in der Lage sein ohne staatlich garantierte Vergütungen/Subventionen auszukommen?

Würde man die externen Folgekosten der Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen auf diese umlegen, wären regenerative Energien sehr schnell profitabel und könnte man auf eine Förderung verzichten.

3.5 Durch Abschaltmaßnahmen (EinsMan) entstehen in Deutschland jährlich Kosten in der Größenordnung von über 400 Millionen EURO mit steigender Tendenz. Hält Ihre Partei es für sinnvoll, dass WKA-Betreiber Zahlungen erhalten, obwohl kein Strom geliefert wird?

Nein. In Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern und Energieproduzenten sind Maßnahmen zu ergreifen, um das Einspeisemanagement zu optimieren und die teure Abschaltung von Wind- und Solaranlagen wegen Netzengpässen zu reduzieren. Die Spielräume der EEG-Novelle zur Förderung im Bedarfsfall zuschaltbarer Lasten (z.B. Wärmeerzeugung, Speicherung, Wasserstoffproduktion, Kühlung) sind zu nutzen.

3.6 Windenergie ist volatil und steht regelmäßig, zum Teil über Wochen, nur minimal zur Verfügung (Flaute/Dunkelflaute). Welche ergänzenden Technologien sind nach Ansicht Ihrer Partei sinnvoll, um die Abhängigkeit von Kernkraft zu überwinden (z.B. Gaskraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke, Geothermie, Power-to-Gas, Akkumulatoren)?

Für eine Übergangszeit werden Gaskraftwerke erforderlich sein. Im Bedarfsfall zuschaltbare Lasten (z.B. Wärmeerzeugung, Speicherung, Wasserstoffproduktion, Kühlung), die sich aus erneuerbaren Energien speisen, sind langfristig aber die bessere Lösung.

3.7 Wie groß müsste nach Meinung Ihrer Partei die Speicher-/Konversionskapazität in Schleswig-Holstein ausgelegt sein, um nach Abschaltung aller konventionellen Kraftwerke den Energiebedarf bei Dunkelflaute die Stromversorgung durch erneuerbare Energien Schleswig-Holsteins sicher zu decken?

Diese Frage müssen Fachleute beantworten.

3.8 Welche Speichermöglichkeiten hält Ihre Partei für systemtauglich?

Siehe Punkt 3.6.

3.9 Welche Forschungsschwerpunkte setzt Ihre Partei, um die Probleme der Energiewende zu bewältigen?

Den Forschungsbereich „Power to Gas“ sowie Warmwasserspeicher wollen wir besonders unterstützen.

- 3.10** Aktuell drehen sich in Deutschland über 27 000 WKA. Müllentsorgungsunternehmen geben an, dass Recycling und Deponielagerung für diese Zahl von WKA nicht möglich sei. Wie gedenkt Ihre Partei die Entsorgungsproblematik von alten WKA zu lösen?

Auf unsere Anfrage hat die Landesregierung mitgeteilt: WKA bestehen aus den Komponenten Beton, Metalle, Betriebsflüssigkeiten (z.B. Öl) und die aus faserverstärkten Kunststoffen bestehenden Rotorblätter. Für die Fraktionen Beton, Metalle und die Betriebsflüssigkeiten sind praktizierte Entsorgungswege vorhanden. Für veraltete und beschädigte Rotorblätter besteht die Möglichkeit einer Verwertung im Zementwerk zur Klinkerherstellung.

Eine Deponierung von Rotorblättern ist aufgrund des hohen Kohlenstoffanteils nach der Deponieverordnung nicht zulässig. Auf Bundes- und Länderebene und in Zusammenarbeit mit einschlägigen Verbänden, Herstellern und Entsorgern von WKA werden derzeit weitere Entsorgungsmöglichkeiten geprüft. Eine Lösung des Problems sehen wir noch nicht.

4 Mitsprache

- 4.1** Sollten bei der Planung von Windeignungsgebieten und der Genehmigung von Anlagen nach Meinung Ihrer Partei die betroffenen Gemeinden und deren Bürger ein vollumfängliches Mitspracherecht erhalten?

Wir fordern seit jeher, dass die Menschen ein Mitspracherecht haben. Jede Gemeinde soll ja oder nein zu dem Bau von Windkraftanlagen sagen können. Durch Bürgerentscheid sollen die Bürger auch selbst abstimmen können. Es gibt genügend geeignete Flächen für Windparks in Schleswig-Holstein, so dass der Wille der Bürger vor Ort berücksichtigt werden kann.

- 4.2** Welche Maßnahmen wird Ihre Partei einleiten, um die Planungshoheit der Gemeinden wiederherzustellen?

Wir PIRATEN haben im Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem bei der Planung neuer Windkraftanlagen ablehnende oder befürwortende Bürgerentscheide oder Gemeinderatsbeschlüsse verbindlich zu berücksichtigen sein sollen. Weder CDU noch SPD, Grüne, SSW oder FDP haben diesem Gesetzentwurf zugestimmt - doch wir bleiben bei unserer Forderung und werden sie nach der Landtagswahl weiter verfolgen.

In Zusammenarbeit mit Gegenwind und BIND hat die Piratenpartei 2017 eine Volksinitiative zur Mitbestimmung an der Windenergie angestoßen, der ein überarbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegt.

- 4.3** Welche Haltung nimmt Ihre Partei zu einer Einführung von Volksentscheiden zu Themen von nationaler Bedeutung z.B. der Energieversorgung ein?

Wir unterstützen die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene.

Unser politisches System, wie es bisher ausgestaltet ist, befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die Menschen vertrauen nicht mehr darauf, dass die Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen

entscheidet. Die Interessen des wirtschaftlichen Profits scheinen im Vordergrund zu stehen. Nur wenige Bürger fühlen sich durch ihre Abgeordneten noch gut vertreten. Eine große Mehrheit kritisiert einen zu geringen Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Politik. Wir wollen das ändern und unsere Demokratie modernisieren („Demokratie-Update“), indem wir die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen stärken, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Mitbürger an demokratischen Prozessen zu ermöglichen. Wir sind davon überzeugt, dass in mehr Mitentscheidungsrechten für die Bürger der Schlüssel für eine bessere Politik liegt.

Der Landtag hat - auch mit unseren Stimmen - die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Einführung von Volksentscheiden stark zu machen. Die rot-grün-blaue Landesregierung ist jedoch untätig geblieben, weil die CDU bisher blockiert.

- 4.4** Häufig verfügen die betroffenen Bürger nicht über die erforderlichen Mittel, um die aufwendigen Nachweise zu erbringen, dass z.B. Immissionsschutzwerte überschritten werden. Umgekehrt sind die Mittel der Windkraftbetreiber nahezu unbegrenzt, um den juristischen Spielraum maximal zu ihren Gunsten auszuschöpfen. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um den betroffenen Bürgern zu Recht und Gerechtigkeit zu verhelfen?

Die Immissionsschutzbehörde kann bei genehmigungsbedürftigen Anlagen eine Lärmmessung anordnen und sollte dies wenn nötig auch tun. Die Kosten fallen dem Betreiber zur Last.

- 4.5** Wie genau will Ihre Partei mit den Ergebnissen des Anhörungsverfahrens der Regionalplanung Wind verfahren?

Wir wollen die Berücksichtigung des mitgeteilten Gemeinde- und Bürgerwillens (Bürgerentscheide) im Landesplanungsgesetz gesetzlich festschreiben. Die Umsetzung soll entweder noch im laufenden Planungsverfahren erfolgen (weitere öffentliche Anhörung) oder, wenn dies nicht mehr möglich ist, sollen neue Pläne aufgestellt werden.

- 4.6** Dem aktuellen Entwurf für die potentiellen Vorranggebiete zur Windenergienutzung liegen die festgelegten harten und weichen Tabukriterien sowie Abwägungskriterien der derzeitigen Landesregierung zugrunde. Sind diese auch für Ihre Partei bindend oder werden Sie neue Kriterien aufstellen?

Bei der Planung wollen wir als neues Kriterium Gemeinden außen vor lassen, soweit sie sich gegen den Bau von Windkraftanlagen ausgesprochen haben.

5 Schutz von Umwelt- und Kulturgütern

- 5.1** Sollten nach Auffassung Ihrer Partei Abstriche beim Artenschutz gemacht werden, um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen (Beispielsweise Nicht-Beachtung des Neuen Helgoländer Papiers zum Vogelschutz)?

Nein - beim Ausbau der Windenergie werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Windparks nicht in der Nähe von Natur- und Vogelschutzgebieten errichtet werden. Damit wollen

wir dafür sorgen, dass sowohl seltene Vogelarten wie der rote Milan als auch Fledermäuse besser geschützt werden.

- 5.2** Sollten nach Auffassung Ihrer Partei Abstriche beim Denkmalschutz gemacht werden, um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen (beispielsweise durch Relativierung des Denkmalschutzgesetzes, demzufolge der Eindruck von Kulturdenkmälern nicht wesentlich beeinträchtigt werden darf)?

Nein.

- 5.3** Sollten nach Auffassung Ihrer Partei Abstriche beim Landschaftsschutz gemacht werden (charakteristische Landschaftsräume, regionale Grünzüge, Küstenstreifen), um den Bau von Windkraftanlagen zu ermöglichen?

Nein.

- 5.4** Sollte es nach Auffassung Ihrer Partei Notfallpläne (Brandfall, außer Kontrolle geratene Anlagen) für die Gemeinden im Umkreis der Windparks geben sowie Informationen für die Feuerwehren?

Ja, diese Notfallpläne und auch explizite Schulungen der regionalen Feuerwehren sowie ggf. die Einrichtung einer landesweiten Sondereinheit bei der Feuerwehr speziell für diese Gefahren halten wir für sinnvoll.

- 5.5** Welche Sicherheiten sollten, nach Ansicht Ihrer Partei, die Betreiberfirmen erbringen, um den ordnungsgemäßen Zustand der Anlagengrundstücke nach Betriebseinstellung zu gewährleisten. Wie sollte mit finanziellen Sicherheiten verfahren werden, damit diese auch nach einem möglichen Betreiberkonkurs verfügbar sind?

Die finanziellen Sicherheiten sind insolvenzsicher zu erbringen, d.h. z.B. durch Bankbürgschaften oder Hinterlegung auf Notaranderkonten.

Die von den Betreiberfirmen abzuschließenden Haftpflichtversicherungen (einschließlich Umweltschaden- und Umwelthaftpflichtversicherung) sollen alle möglichen Schäden umfassen, eine sehr große Höchstentschädigung sowie geringe Selbstbehalte beinhalten. Die Versicherungsverträge sind unabhängigen Sachverständigen/Institutionen vorzulegen und werden von diesen auf die Einhaltung der festgelegten Richtlinien regelmäßig und detailliert geprüft.

- 5.6** Wie definiert Ihre Partei das „Ende der technischen Lebenserwartung“, nach dem die Anlagen abgebaut werden müssen?

Hierzu gibt es noch keinen Beschluss der Piratenpartei.

- 5.7** Sollte nach Ansicht Ihrer Partei die Privilegierung der Windanlagen nach Baugesetzbuch abgeschafft werden?

Eine Streichung der Privilegierung ist nicht notwendig, wenn es auf Landesebene gelingt, die Beachtung des Gemeinde- und Bürgerwillens gesetzlich festzuschreiben.

6 Tourismus

6.1 Der Tourismus ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine Schleswig-Holsteins. Die statistische Studie "Gone with the Wind? The impact of wind turbines on tourism demand" der Leibniz Universität Hannover aus dem Jahr 2015 zeigt negative Auswirkungen von WKA auf den Tourismus. An der Küste weichen die Touristen in Nachbarregionen ohne oder mit weniger Windkraft aus. Gegenden mit Windkraft profitieren nicht so stark von dem Trend "Urlaub in Deutschland" wie windkraftfreie Regionen. Wie gedenkt Ihre Partei die touristische Attraktivität bei Windkraftausbau zu erhalten?

Zusätzlich zu den "Abstandsregelungen" zu bebauten Gebieten/Grundstücken, strengen Regelungen in der Nähe von Naturschutzgebieten und dem Landschaftsschutz wollen wir, dass sich (unter anderem) vom Tourismus geprägte Gemeinden gegen neue Windenergieanlagen entscheiden können.